

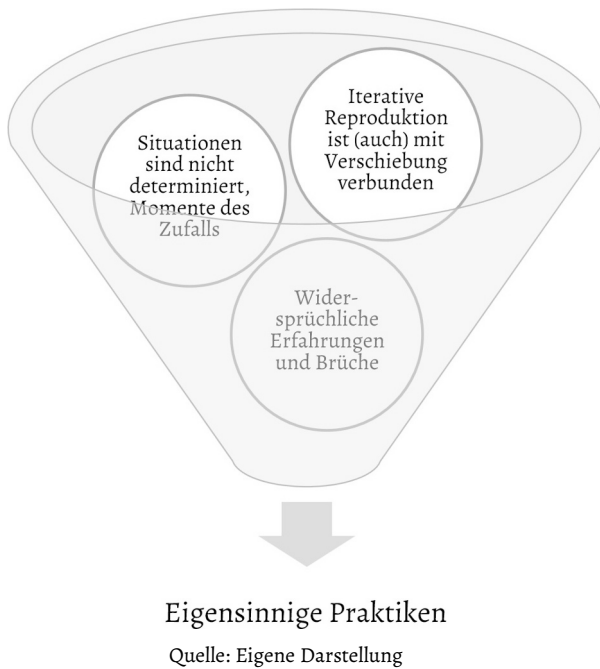
sich dabei unter bestimmten Umständen auch reflexiv von »Gewohnheiten und Routinen distanzieren [...] und damit neue Möglichkeiten für zukünftige Handlungen entwerfen« (Geiger 2016: 52). Die »eigensinnige Auseinandersetzung von Einzelnen, Familien und Gruppen mit den ihnen zugemuteten Bedingungen und Erfahrungen, ihre über das bloße Ausagieren verinnerlichter Dispositionen und den Nachvollzug sozialer Erwartungen hinausgehenden Praktiken, Entwürfe und Strategien« (Scherr 2014: 292) sollten vor diesem Hintergrund in der Analyse nicht vernachlässigt werden. Es braucht ein »unverkürztes Verständnis von Subjektivität [...], das Dimensionen wie Selbstwertgefühl und Selbstbewusstsein, Eigensinn und Willen, emotionale und reflektierende Erfahrungsverarbeitung und zukunftsbezogene Hoffnungen mit umfasst« (ebd.: 303-304). Begreift man alltägliche Praktiken als eigensinnig – und in ihrem Eigensinn politisch – erweitert sich das Verständnis dessen, was Teil demokratischer Konfliktaushandlung ist. Demokratie, so wird vor diesem Hintergrund sichtbar, kann nicht auf das beschränkt werden, was innerhalb institutionalisierter Verfahrensweise passiert. Politische Konfliktaushandlung umfasst notwendig auch jene alltäglichen Aushandlungsprozesse, in denen Subjekte sich in ihren alltäglichen Auseinandersetzung mit Macht- und Herrschaftsverhältnissen um eine »eigensinnige Lebensgestaltung« (Bauer et al. 2014: 30) bemühen.

Die politische Unsichtbarkeit von Ungleichheit, so zeigt der Blick auf eigensinnige Praktiken, bleibt stets prekär. Erfahrungen der Individuen entwickeln gegenüber den bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnissen eine gewisse Eigenlogik. Selbstwirksamkeitserwartungen und punktuelle Erfahrungen von Handlungsfähigkeit sind dadurch auch in marginalisierten Verhältnissen durchaus möglich. Alltagsituationen wohnt ein gewisser Überschuss inne. Auch wenn, wie in den vorherigen Abschnitten gezeigt wurde, innerhalb der Gesellschaft starke Mechanismen wirken, die Ungleichheit politisch unsichtbar machen, bleibt sie dennoch ein Unruheherd, von dem aus – im Falle glücklicher Fügungen – immer wieder von Neuem die bestehenden Verhältnisse in Frage gestellt werden können.

3.7 Ohnmacht und Grenzen politischer Handlungsfähigkeit von Subalternen in der Demokratie

Die mit Ohnmachtserfahrungen und dem gebrochenen Versprechen politischer Teilhabe verbundene existenzielle Bedrohung für Demokratie bleibt öffentlich relativ unsichtbar. Ohnmacht gegenüber dem eigenen Ausschluss aus dem Volk, verhärteten Staatsapparaten, begrenzten Einfluss- und Wahlmöglichkeiten, einer verzerrenden Öffentlichkeit und der eigenen Anteilslosigkeit findet kaum eine politische Artikulation. In der in diesem Kapitel erfolgten theoretischen Spurensuche wurde ersichtlich, dass Ungleichheit insbesondere deswegen unsichtbar bleibt,

Grafik 13: Widersprüchliche Erfahrungen, eigensinnige Subjekte



weil sich das Versprechen demokratischer Teilhabe an gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen bricht. Je massiver Ungleichheit ausgeprägt ist, umso wahrscheinlicher führt sie nicht »zu einer gesteigerten Bereitschaft für Protest und politischem Engagement, sondern zu politischer Apathie« (Bödeker 2012: 37). Ursache ist, dass von ihr Betroffene durch verschiedene gesellschaftliche Mechanismen, die sie alltäglich erfahren, stumm, hilflos und passiv gemacht oder vereinzelt werden. Macht- und Herrschaftsverhältnisse werden dadurch de-thematisiert und normalisiert.

Erstens lässt die bestehende Ordnung des Diskurses nur bestimmte Äußerungen und Möglichkeiten der Subjektkonstitution zu, während sie andere verwirft und in den Raum des Nicht-Intelligiblen verweist. Ob eigene Erfahrungen in der Sprache der Macht adäquat repräsentiert werden können, hängt von der jeweiligen sozialen Position innerhalb der Gesellschaft ab. Bestimmte Erfahrungen bleiben unsagbar oder finden nur in verzerrter, entstellender Form Eingang in den Diskurs. Betroffen von diesen Ausschlussmechanismen sind insbesondere diejenigen, die auch im Alltag sozial marginalisiert sind. Sie werden dadurch gesellschaftlich zu Subalternen, deren Stimmen kein Gehör finden und denen selbst der diskur-

sive Ausdruck erschwert wird, da sie sich in einer Sprache ausdrücken müssen, die kaum Artikulationsmöglichkeiten für ihre Erfahrungen bietet. Die Ordnung des Diskurses festigt darüber bestehende Ungleichheitsverhältnisse und trägt dazu bei, dass diese politisch unkenntlich werden.

Zweitens entfalten die bestehenden Verhältnisse – insbesondere die kapitalistische Vergesellschaftung – eine überwältigende Kraft. Ihre Dynamiken scheinen sich getrennt von der eigenen Praxis zu vollziehen und nicht durch diese beeinflussbar zu sein. Die Erfahrung politisch handlungsfähig zu sein, ist dadurch verschüttet und verstellt – und zwar umso verstellter, umso stärker die Einzelnen innerhalb der Gesellschaft auf eine marginale Position verwiesen werden. Es fehlen bewusste Erfahrungen, die über das Bestehende hinausweisen. Politische Mündigkeit kann unter diesen Bedingungen nicht entstehen. Die Individuen des *demos* tendieren stattdessen dazu, ihre Wünsche und Ziele an das anzupassen und auf das Wenige zu reduzieren, was innerhalb der bestehenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen möglich ist. Die grundlegenden Strukturprinzipien der Gesellschaft werden dadurch einer politischen Kritik entzogen.

Drittens orientieren sich Menschen in ihrer alltäglichen Praxis an dem, was sie aufgrund der ihnen zur Verfügung stehenden (Kapital-)Ressourcen innerhalb der bestehenden Rahmenbedingungen für realistisch halten. In Konfrontation mit Macht- und Herrschaftsverhältnissen erfahren sie alltäglich, welche Möglichkeiten und Grenzen ihrem Handeln auferlegt sind. Entsprechende Erfahrungen sedimentieren sich im Bewusstsein und bewirken, dass Menschen ihre Ziele an ihren vermuteten Möglichkeiten ausrichten und ein an diese angepasstes Verhalten entwickeln. Ungleichheit wird dadurch nicht nur internalisiert und alltäglich reproduziert, sondern auch normalisiert und de-politisiert. Folge sind adaptive und routinisierende Strategien, die die bestehende Ordnung bereits vorwegnehmen. Ungleichheit wird dadurch zu einem weitgehend unbewussten Rahmen der eigenen Alltagspraxis.

Viertens sind Erfahrungen mit Ungleichheit und Ohnmacht – auch dort wo sie massenhaft geteilt werden – nicht notwendig kollektiv erfahrbare. Voraussetzung für die Erfahrung als soziale, kollektiv geteilte Problemlagen sind Erfahrungsräume oder Momente – wenn auch punktueller und fragiler – politischer Organisation, die eine bestimmte Deutung des eigenen Lebens ermöglichen. Sind Menschen vereinzelt und fehlen ihnen Deutungsmuster, die ihre eigenen Erfahrungen in eine gesellschaftstheoretische politische Interpretation einbetten können, übersetzen sich ihre individuellen Erfahrungen nur begrenzt in kollektive politische Forderungen. Sie werden dadurch zu Subalternen. Ihr Alltagsverstand bleibt stark an hegemoniale Deutungsmuster gebunden. Diese tendieren dazu, subalterne Erfahrungen zu negieren oder zu fragmentieren. Indem sie sich trotzdem in ihnen ausdrücken, finden Subalterne keine Sprache für ihre eigenen Erfahrungen und werden ihrer gewissermaßen enteignet. Subalterne bleiben dadurch aus dem öf-

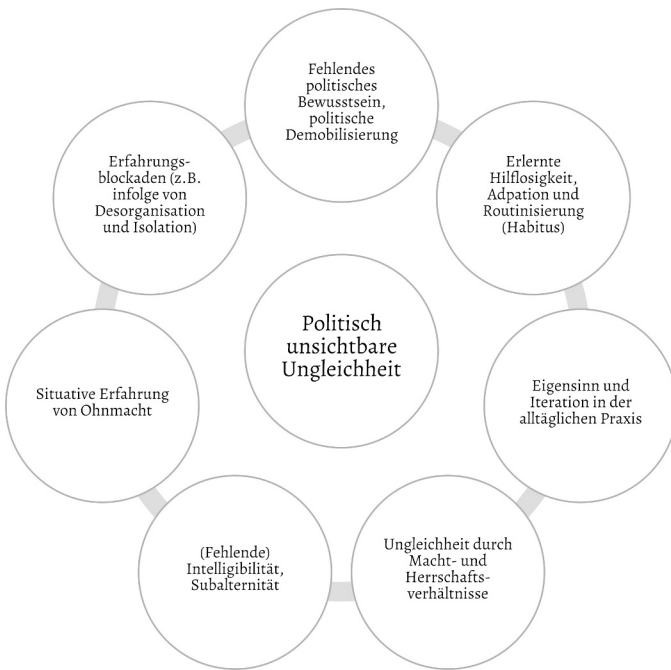
fentlichen Ringen um Hegemonie – das auch, aber nicht nur innerhalb der Demokratie stattfindet – weitgehend ausgeschlossen.

Fünftens wirken Ohnmachtserfahrungen nach. Sie haben in darauffolgenden Situationen potenziell zur Folge, dass die eigene Ohnmacht von den Betroffenen präventiv vorausgesetzt wird – wodurch es unwahrscheinlicher wird, dass sie die mit Ohnmacht verbundenen Ungleichheitserfahrungen politisch artikulieren. Die soziale Position innerhalb der Gesellschaft ist mitentscheidend dafür, welche Ressourcen und strategischen Handlungsoptionen den Einzelnen zur Verfügung stehen. Je negativer Menschen von Ungleichheit betroffen sind, umso wahrscheinlicher werden Ohnmachtserfahrungen, innere Kapitulation und erlernte Hilflosigkeit. Einerseits sind vielfältige, kumulativ wirkende Stressoren, die mit einem Gefühl von Kontrollverlust einhergehen infolge sozialer Marginalisierung wahrscheinlicher (z.B. bei Armutsbetroffenen oder rassistisch diskriminierten Personen). Andererseits sind die zur Verfügung stehenden Ressourcen, um auf die Stressoren zu reagieren, eingeschränkter. Infolgedessen werden Gefühle des Scheiterns wahrscheinlicher, die eine politische Organisation erschweren können, wenn sie mit Schuld- und Schamgefühle verbunden sind. Um sich selbst zu entlasten, affirmieren Betroffene teilweise gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse eher als sie zu kritisieren. Je stärker Menschen ohnmächtig machenden Bedingungen ausgesetzt sind, umso wahrscheinlicher ist es vor diesem Hintergrund, dass die für ihre Erfahrungen und ihre soziale Position ursächlichen Ungleichheitserfahrungen politisch de-thematisiert bleiben.

Ohnmacht ist jedoch *sechstens* nicht absolut. Situationen und Erfahrungen sind notwendig komplex und vielschichtig, was eigensinnige Praktiken ermöglicht, die Macht- und Herrschaftsverhältnisse zumindest punktuell auf Abstand rücken. Die Reproduktion der Strukturen weist – da keine Iteration der vorangegangenen gleicht – eigensinnige Momente auf, die bestehende Macht- und Herrschaftsverhältnisse kontinuierlich verschieben. Die individuelle Praxis ist nicht deterministisch vorgegeben, sondern mit – mehr oder weniger ausgeprägten – Freiheitspotenzialen verbunden. Ungleichheit bleibt – auch wenn sie durch die Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die sie hervorrufen häufig unsichtbar gemacht wird – ein möglicher Ausgangspunkt von Brucherfahrungen und transformativen Potenzialen.

Demokratische Teilhabe, so zeigen diese Befunde, verweist auf die Frage der politischen Artikulationsfähigkeit. Die Möglichkeit, aktiv an Demokratie zu partizipieren und in der Öffentlichkeit Gehör zu finden hängt vom Zusammenspiel von Macht- und Herrschaftsverhältnissen, alltäglichen Erfahrungsräumen und institutionellen Verfahrensweisen der Demokratie ab. Sie kann nicht als gegeben vorausgesetzt werden, sondern muss immer wieder im Alltag (re-)produziert werden. Artikulationsmöglichkeiten sind entlang intersektionaler Macht- und Herrschaftsverhältnisse ungleich verteilt (Roß 2008: 70-71): »Ressourcen, Verletzbarkei-

Grafik 14: Mechanismen, die Ungleichheit politisch unsichtbar machen



Quelle: Eigene Darstellung

ten und Handlungsoptionen einer Person ergeben sich [...] aus der komplexen und oft widersprüchlichen Verortung im sozialen Gefüge« (ebd.: 69). Die Macht- und Herrschaftsverhältnisse determinieren dabei »die Handlungsrealitäten [...] zwar nicht völlig [...], dennoch existieren ganz unterschiedliche Gestaltungsspielräume« (Scherschel 2018: 136).

Alltag und Erfahrung erweisen sich somit als demokratietheoretisch grundlegende Kategorien. Politik und Demokratie sind nur auf sie bezogen sinnvoll fassbar. Es ist nicht möglich eine Sphäre öffentlicher politischer Gleichheit von alltäglich erfahrener Ungleichheit zu trennen, da die Erfahrungen sich auf die Art und Weise auswirken, wie Forderungen politisch artikuliert werden (können). Voraussetzung einer politischen Artikulation sind Erfahrungsräume, die es ermöglichen, die eigenen Erfahrungen in eine politische Deutung zu übersetzen. Darüber hinaus muss Demokratie als alltagspraktisch relevant und praktikabel erlebbar sein, was insbesondere davon abhängt, inwieweit sie es ermöglicht die eigenen Lebensbedingungen konkret zu verbessern. Entsprechende Erfahrungsmöglichkeiten sind innerhalb der Gesellschaft ungleich verteilt, was den paradoxen Effekt haben kann,

dass diejenigen, die am stärksten von Ungleichheit betroffen sind, öffentlich am wenigsten mit Kritik an dieser sichtbar werden.

Entsprechende adaptive Strategien aufgrund von Ohnmachtserfahrungen sind sowohl zweckrational als auch demokratiepolitisch problematisch. Sie ermöglichen es zwar, Frustrationserfahrungen und die damit einhergehende ›Verschwendung‹ individueller Ressourcen zu vermeiden. Gleichzeitig stabilisieren sie jedoch eben jene Verhältnisse, die ohnmächtig machen und bringen diese mit hervor. Da die Strategien innerhalb der bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse für die Betroffenen durchaus vernünftig sind, können Ohnmachtserfahrungen nur begrenzt durch politische Aktivierung oder Aufklärung überwunden werden. Die Akzeptanz der herrschenden Ordnung und die mit ihr einhergehende politische Passivität sind in diesem Sinne nicht einfach ein falsches Bewusstsein, sondern ein *notwendig* falsches: Sie erschweren zwar eine zukünftig vernünftige Gestaltung der Gesellschaft – und eine soziale Verbesserung der Situation der Betroffenen. Gleichzeitig ermöglichen sie den Betroffenen jedoch, sich innerhalb der bestehenden Verhältnisse zu orientieren und darüber ein gewisses Maß an Handlungsfähigkeit zu bewahren.

Vor dem theoretischen Hintergrund von Ohnmacht und Subalternität verändert sich der Blick auf Demokratie. Der *demos* unterläuft und erweitert nicht nur dadurch, dass er vielfältig und divers ist, kontinuierlich die bestehenden institutionellen Verfahrensweisen der Demokratie, sondern er ist immer auch durch differentielle Artikulations- und Teilhabemöglichkeiten zergliedert. Demokratietheorie muss daher notwendig die Frage danach einbeziehen, »wie Ausgeschlossene, als außen konstituierte Subjektivitäten, Marginalisierte oder Subalterne ihre Interessen artikulieren und hörbar machen können [...], wie eine Artikulation subalternen Interessen verhindert oder ermöglicht wird« (Sott 2017: 34). Indem die Gesellschaft Ungleichheit produziert, die sich in die Subjekte einschreibt, wird politische Gleichheit in der Demokratie kontinuierlich unterlaufen. Angesichts der Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die den Alltag durchziehen und kontinuierlich Erfahrungen von Ohnmacht und politischer Sprachlosigkeit hervorrufen, erweist sich der Anspruch der Demokratie, eine gleichberechtigte und plurale Teilhabe zu ermöglichen als voraussetzungsvoll und notwendig uneingelöst. Statt einer Zustandsbeschreibung ist der Anspruch eher ein in die Zukunft gerichteter Auftrag: Nimmt man Subalternität ernst, ist Demokratie ein zukunftsoffenes Projekt, in dem immer wieder aufs Neue Artikulationsräume ausgeweitet, gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse in Frage gestellt und Institutionen demokratisiert werden müssen.

